

Wissenschaftliche Politikberatung für Nachhaltigkeit und ihre Verbesserung:
Tagungsbericht zur Tagung:
„Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit – wie passt das zusammen?“
vom 14. bis 16. November 2014 an der Georg-August-Universität Göttingen

von Katharina Dundler

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|----|
| 1. Einleitung | 2 |
| 2. Funktionen der Wissenschaft in der Politikberatung | 3 |
| 3. Aktuelles Verhältnis von Politik und Wissenschaft | 4 |
| 3.1. Vorwürfe der Politik | 4 |
| 3.2. Vorwürfe der Wissenschaft | 5 |
| 4. Verbesserung der Politikberatung | 6 |
| 4.1. Beitrag der Wissenschaft | 6 |
| 4.2. Beitrag der Politik | 7 |
| 5. Fazit | 8 |
| 7. Literaturverzeichnis | 10 |

1. Einleitung

Unsere Gesellschaft spricht in vielen Kontexten normativ über Nachhaltigkeit, zum Beispiel in Zusammenhang mit einer nachhaltigen Unternehmensausrichtung, einer nachhaltigen Politikstrategie sowie in lokalen Projekten oder auch im privaten Kontext. Obwohl der Nachhaltigkeitsbegriff sehr uneinheitlich verwendet wird, liegt ihm meist das Leitbild aus dem Brundtland-Bericht zu Grunde: „Sustainable Development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs“ (WCED 1987). Mittlerweile ist dieses Leitbild schon lange in der politischen Wirklichkeit in Deutschland verankert, die mit dem nationalen Nachhaltigkeitsbericht und darauf folgenden Fortschrittsberichten dazu eine eigene Strategie festgelegt hat. Auch viele Disziplinen der (universitären) Forschung beschäftigen sich deskriptiv mit der Frage, wie eine nachhaltige Wirtschaftsstrategie aussehen kann und muss.

Unter anderem wird die Relevanz des Themas „Nachhaltiges Wirtschaftswachstum“ durch die Diskussion zwischen den Forschungsdisziplinen deutlich. So trafen sich vom 14. bis 16. November 2014 Wirtschaftswissenschaftler, Sozialwissenschaftler, Juristen sowie Vertreter aus der Politik in Göttingen zu der Tagung „Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit – wie passt das zusammen?“. Die Tagung beschäftigte sich am ersten Tag mit der Relevanz des Themas Nachhaltigkeit für verschiedene gesellschaftliche Bereiche. Im Fokus des zweiten Tages standen die Messung von Nachhaltigkeit, Nachhaltigkeit in der Staatsverschuldung und Unternehmenspraxis sowie die Verbreitung von Innovationen für Nachhaltigkeit. Aufbauend auf verschiedenen Diskussionsforen arbeitete ein Streitgespräch am Ende des Tages heraus, ob nachhaltiges Wachstum möglich ist. Der letzte Tag der Veranstaltung stand unter dem Motto „Die Rolle der Wissenschaft in der Nachhaltigkeitsdiskussion“, das zu einer Diskussion über die Verantwortung der Wissenschaft für nachhaltiges Wirtschaften anregte.¹ Der vorliegende Tagungsbericht fokussiert sich auf diese Rolle der Wissenschaft und fragt: Welche Aufgabe hat die Wissenschaft in der nachhaltigen Politikberatung und wie kann man diese besser gestalten? Dieses Thema ist besonders deshalb relevant, da nur mit einer intelligenten Gestaltung der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik der Transfer von Wissen hinein in politische Entscheidungen gelingen kann. Ein gewisses Unverständnis dieser beiden Bereiche füreinander, die gleichzeitig aber auch gegenseitig auf sich angewiesen sind, lässt sich schon lange feststellen. So forderte einer Legende nach Truman „Give me a one-handed economist! All my economists say: ‘On the one hand..., but on the other hand...’“ (Szalay 2005, S.1173). Dieses Zitat zeigt, dass das Rollenverständnis der Wissenschaft mit ihren Ergebnissen und die Erkenntniserwartungen der Politik sehr unterschiedlich sein können.

Um die Fragen, welche Aufgabe die Wissenschaft in der nachhaltigen Politikberatung hat und wie man diese besser gestalten kann, zu beantworten, zeigt Abschnitt 2 zunächst mögliche Funktionen der Wissenschaft in der Politikerberatung auf und erläutert welche Stellung sich besonders in Hinblick auf nachhaltiges Wirtschaften ergibt. Abschnitt 3 zeigt kurz welchen Einfluss wissenschaftliche Erkenntnisse derzeit auf die Politik haben und legt darauf aufbauend dar, durch welche Probleme das Verhältnis von Ökonomie und Politik geprägt ist. Abschnitt 4 arbeitet daran anschließend Verbesserungsvorschlägen zur Erreichung der Politik

¹ Eine detaillierte Programmbeschreibung mit Kurzbiografien aller teilnehmenden Dozenten sowie Berichte der Tagung finden sich unter: <http://www.uni-goettingen.de/de/491840.html>.

in Nachhaltigkeitsfragen und der Kommunikation beider Seiten heraus. Dabei legt der Bericht das Augenmerk auf externe, langfristig angelegte Politikberatung aus dem wissenschaftlichen, universitären Kontext und nimmt an, dass eine zunehmende Einbeziehung von universitärer Forschung die Nachhaltigkeitspolitik bereichert.

2. Funktionen der Wissenschaft in der Politikberatung

Auf der Tagung zeigte sich, dass die Wissenschaft in der nachhaltigen Politikberatung mehrere Aufgaben erfüllt. Zumeist wird davon ausgegangen, dass die Wissenschaft Theorien entwickeln muss, die der Politik Aktionsräume für nachhaltige Ausrichtungen mitgeben. Nach Prof. Dr. Ulrich Bartosch, Sozialwissenschaftler an der Universität Eichstätt-Ingolstadt, bestehe die Aufgabe der Wissenschaft darin, Theorien zu entwickeln, die „Brillen [sind], durch die die Realität betrachtet wird“. Auch Prof. Dr. Partha Dasgupta, Wirtschaftswissenschaftler an der University of Cambridge, machte in seinem Vortrag deutlich, dass die Policy-Analyse darin bestehe zu benennen, welche nachhaltigen Politiken verfolgt werden sollten und welche idealen Politiken es für ein bestimmtes Nachhaltigkeitsziel gibt. Nach Carol H. Weiss wird dem Wissenschaftler damit die Rolle des Problemlösers zugeschrieben. Dabei geht Weiss davon aus, dass sich Wissenschaftler und Politiker über die Ziele ihres Tuns einig sind und die Wissenschaft die Unsicherheit einer Entscheidung reduziert, indem sie weitere Information, die bestimmte Handlungsalternativen bestärken oder verwerfen, zu einem Problem liefert (vgl. Weiss 1979, S.427f.).

Prof. Dr. Peter Feindt gab als Vertreter der Kommunikationswissenschaft auf der Tagung zu bedenken, dass die Rolle des Staates – und damit letztlich auch der Politiker – darin besteht, Rahmenbedingungen für nachhaltiges Wirtschaften und Innovationsprozesse in diesem Kontext zu schaffen. Dabei ist besonders der Austausch zwischen Industrie und Politik über bestimmte Regulierungen wichtig. In der Diskussion wurde deutlich, dass der Staat alleine nicht wirken kann, da ihm Informationen darüber fehlen, wie Nachhaltigkeit effizient erreicht werden kann. Wirtschaftswissenschaftlerin Prof. Dr. Angelika Zahrt stellt in ihren Ausführungen in Göttingen die Wissenschaft in die Bringschuld. Sie betonte in ihrem Vortrag, dass die Ökonomen die Pflicht hätten nachhaltiges Wirtschaften voranzubringen und kritisierte, dass die Wissenschaft in dem Themenkomplex Nachhaltigkeit bisher oft zu engstirnig gedacht habe.

Diese auf der Tagung mehrheitlich anerkannte Sicht, dass es Aufgabe der wissenschaftlichen Politikberatung ist der Politik selbst verschiedene Gestaltungsoptionen zu einem Thema, hier der Nachhaltigkeit, anzubieten, findet sich auch in der Literatur. Unabhängig davon wie weit der Staat einzelwirtschaftliches Handeln wirklich beeinflussen kann, ist dieser in der Pflicht geeignete Rahmenbedingungen zu schaffen (vgl. Führ et al. 2007, S.9). Dabei bleiben die Erkenntnisse der Wissenschaft auf einer positiv-analytischen Ebene, da die Wissenschaft die Entscheidungen der Politik wertungsfrei vorbereitet und sich nicht zwangsläufig selbst für eine Option aussprechen muss (vgl. Bizer/Gubaydullina 2007, S.40).

Frau Zahrt unterstrich in einem Interview am Rande der Tagung, im Gegensatz zu den anderen Diskutanten, dass der Wissenschaft nicht nur die Rolle des Informationsträgers und -überbringers in die Politik zukomme. Vielmehr müsse Wissenschaft auch eine Auskunftsfunktion für die Politik übernehmen. Dies bedeutet, dass Forscher Politikern auch

nahelegen welche Gruppen bei einer bestimmten Entscheidung berücksichtigt und einbezogen werden müssen; welche Meinungen von Relevanz sind. Die Wissenschaft gebe die Auskunft in welchen Bereichen noch weitere wichtige Informationen zu finden seien und fördere damit Beteiligungsprozesse, also die Möglichkeit der Bürger, sich stärker in den politischen Nachhaltigkeitsdiskurs einzubringen.

3. Aktuelles Verhältnis von Politik und Wissenschaft

Die Tagung in Göttingen beleuchtete die Schlagkraft der Wissenschaft in der Nachhaltigkeitspolitik nur am Rande. Für die nachhaltige Politikberatung ist die Frage, ob ökonomischer Rat in der Politik ankommt und welches Verhältnis die beiden Subsysteme zueinander haben, jedoch elementar. Prinzipiell nutzen Politiker ökonomischen Rat, wobei Fachpublikationen diesen Rat nur wenig an Bundestagsabgeordnete oder Mitarbeiter in Bundesministerien herantragen. Diese schätzen Anhörungen, Gutachten, Tages- und Wochenpresse sowie persönliche Kommunikation als Informationsquelle (vgl. Haucap/Thomas 2014, S.9f.). Auch in Umweltfragen haben ökonomische Argumente Einzug in die politische Diskussion gefunden (vgl. Schneidewind 2009, S.54f.).

Trotz des mehr oder weniger großen Einflusses von Wissenschaftlern auf die Politik scheint es Probleme in der Kommunikation zwischen diesen Subsystemen zu geben. Die folgenden Teilkapitel analysieren deshalb den aktuellen Charakter der Kommunikation und filtern heraus, welche gegenseitigen Vorwürfe erhoben werden, die die Interaktion erschweren.

3.1. Vorwürfe der Politik

Ein zentrales Problem der Politik im Umgang mit wissenschaftlichen Ergebnissen ist, dass Sozialwissenschaftler oft mehrere Alternativlösungen für ein Problem und damit Entscheidungsmöglichkeiten liefern, während Politiker eine eindeutige Empfehlung erwarten (vgl. Roberts 2011, S.247f.). Dies verdeutlicht auch das in der Einleitung erwähnte Zitat von Truman. Die Schwierigkeit dieser Spannungen scheint dabei das unterschiedliche Rollenverständnis zu sein: Wissenschaft sieht sich in der Pflicht das Nachhaltigkeitsproblem positiv-analytisch zu behandeln und damit in der Rolle des oben erwähnten Modell des Wissenslieferers. Je nach Schwerpunktlegung in verschiedenen Bereichen der vielschichtigen Nachhaltigkeitsdebatte möchte die Wissenschaft unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, während die Politik eine normative Lösung erwartet.

In der Literatur finden sich weitere Argumente, die auf eine schwierige Beziehung von Wissenschaft und Politik hindeuten. So beruhen ökonomische Empfehlungen für die Politik auf reduzierten Modellen (vgl. Lhotta 2007, S.62; Zimmermann 2014, S.4), was besonders in komplexen Themenfeldern wie der Nachhaltigkeit Probleme verursacht. Diese reduzierten Modelle sind für Wissenschaftler praktikabel, da sie die Vielschichtigkeit heutiger Kosten und erst morgigen Nutzens nachhaltiger Politik abbilden müssen. Politiker kritisieren allerdings, dass die Lösungsvorschläge der Wissenschaftler zu einem Problem realitätsfern und für den politischen Alltag unbrauchbar sind (vgl. Zimmermann 2009, S.1). Dieser Vorwurf ist jedoch nicht nur aus Kreisen der Politik zu hören: Auch Frau Zahrnt betonte in ihrem Vortrag auf der Konferenz, dass die Ökonomen „zu oft mit der Verfeinerung ihrer Modelle“ beschäftigt seien und dabei die Problemferne ihrer Annahmen nicht reflektieren. Zahrnt verurteilte, dass sich die Wissenschaftler bisher der Frage nach alternativen Denkstrukturen und Modellen nicht

gestellt hätten, obwohl auch die Ökonomen in der Pflicht seien, nachhaltiges Wirtschaften zu gestalten. Dieser Vorwurf wurde von Prof. Stephan Klasen klar zurückgewiesen und er legte dar, dass es in der Ökonomie eine Vielfalt von methodischen Ansätzen gibt, die Nachhaltigkeitsaspekte untersuchen. In diesem Zusammenhang steht auch der Vorwurf der Realitätsferne, die nicht zuletzt auf unterschiedliche Zeithorizonte von Politik und Wissenschaft zurückzuführen ist: Politik erwartet schnelle Ad-Hoc Beratung zu einem aktuell relevanten Thema, während wissenschaftliche Forschung aufgrund der Fundierung längere Forschungszeiträume benötigt (vgl. Wiegard 2011, S.180ff.; Zimmermann 2014, S.2f.). Dadurch kann bei Politikern das Empfinden entstehen, dass die Wissenschaft sie schlecht berate.

3.2. Vorwürfe der Wissenschaft

Bei der abschließenden Podiumsdiskussion der Tagung am Sonntag betonte der Jurist Dr. Klaus Schmid, dass er sich sicher ist, dass die volkswirtschaftliche Notwendigkeit eines Umschwungs in Richtung nachhaltiges Wirtschaften gesehen wurde, es jedoch an der Implementierung wissenschaftlicher Ergebnisse mangle. Diese Aussage deutet nicht nur auf das Kommunikationsproblem zwischen Wissenschaft und Politik hin (wer dafür verantwortlich ist, blieb im Rahmen der Tagung offen), sondern macht deutlich, dass die Wissenschaftler eine Umsetzung der Ergebnisse fordern.

Der niedersächsische Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, formulierte auf der Tagung zwei zentrale Verpflichtungen in Zusammenhang mit Nachhaltigkeit: Man müsse Nachhaltigkeit schärfer definieren, da der Begriff an sich schwammig sei, sowie die Verantwortung stärker offen legen. An wen diese Forderungen gerichtet sind, blieb unbeantwortet. Jedoch spiegelt dies im Ansatz das Konfliktpotenzial wider: Wenzel als Vertreter der Politik fordert die schärfere Definition eines Begriffs, mit dem er, u.a. als politisches Leitbild, arbeitet. Dabei kann davon ausgegangen werden, dass diese Forderung – besonders im Kontext dieser Tagung – an die Wissenschaftler gerichtet ist. Daher scheint in der Politik weder das Ziel Nachhaltigkeit noch deren Erreichung klar zu sein, was einen Auftrag nach grundlegendster Aufklärung durch Wissenschaft und dementsprechende Offenheit gegenüber Vorschlägen mit sich bringt.

Die Vertreter der Wissenschaft auf der Tagung sehen sich vor allem dem Problem der politischen Ziellosigkeit gegenüber. So betonte Feindt in seinem Vortrag, dass Wissenschaft nur Leitlinien für politisches Handeln geben kann, wenn sie „auch die politische Straße kennt“. Wissenschaft muss also den zu untersuchenden Zielpunkt vorgeben. Die Beurteilung verschiedener Handlungsalternativen kann erst nach klarer Problemdefinition und Zielvorgabe aus der Politik erfolgen, an der es oft fehlt.

So entsteht auf Seite der Wissenschaft der Eindruck, dass die getätigten Beratungen entweder ignoriert oder selektiv nach Interessenslage vorgebracht und damit ausgenutzt werden (vgl. Zimmermann 2009, S.1). Informationen nehmen bei Nachhaltigkeitsthemen oft nur einen indirekten Weg in die Politik und haben damit auch keine direkte Entscheidungsmacht (vgl. Ruckelshaus et al. 2013, S.2f.). Auch das Engagieren kommerzieller Beratungsunternehmen durch die Politik löst bei den Wissenschaftlern Frust und damit Rückzug aus der Politikberatung aus (vgl. Zimmermann 2009, S.2).

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Wissenschaft vor den Problemen unklarer Vorgaben aus der Politik sowie wenig konstruktiver Kritik steht. Gerade in Fragen der Nachhaltigkeit besteht daher der Konflikt, dass Politik sich schlecht beraten und Wissenschaft sich in ihrer Funktion falsch verstanden fühlt.

4. Verbesserung der Politikberatung

Wie im vorherigen Kapitel festgestellt, besteht ein Dilemma in der Kommunikation zwischen (Wirtschafts-) Wissenschaftlern und Politikern. Das folgende Kapitel analysiert zunächst, welche Anreize hinter diesen Kommunikationsproblemen stecken und versucht auf dieser Basis und der Erkenntnisse aus Kapitel 3 Vorschläge zu einer möglichst weiten Auflösung des Dilemmas zu geben.

Anhand der Public Choice-Theorie ist davon auszugehen, dass alle Individuen und dementsprechend auch die in dieser Arbeit betrachteten Akteure eigeninteressiert handeln (vgl. Haase 2007, S.197f.). Kommunikationsschwierigkeiten der Akteure untereinander treten auch deshalb auf, weil die Wissenschaftler, wie alle anderen Akteure auch, versuchen, ihren eigenen Nutzen aus der Arbeit zu maximieren. In der Wissenschaftsgemeinde werden Publikationen in hochrangigen Zeitschriften höher bewertet als Gutachten, die in politische Entscheidungsprozesse einfließen. Inhaltliche und formale Standards für Veröffentlichungen in wichtigen Zeitschriften schließen aus, dass Beratungsgutachten dort direkt übernommen werden. Damit steht der Anreiz wissenschaftlicher Anerkennung der Arbeit in der Politikberatung gegenüber (vgl. Wagner 2001, S.4).

Politiker könnten diese Anreizstrukturen verbessern, sind jedoch ihrerseits ebenfalls auf Nutzenmaximierung nach dem Vorbild des homo oeconomicus fokussiert. Sie versuchen mit wissenschaftlichen Gutachten ihre wahrgenommene Kompetenz und Beliebtheit zu steigern und dadurch ihre Wiederwahl zu sichern. Dabei dient es ihrem Kalkül, wissenschaftliche Berater als Etikett für fundierte Politik, die darüber ihre Legitimation bezieht, auszunutzen und die gelieferten Forschungsergebnisse nicht so zu würdigen, dass daraus wiederum ein Nutzen für den einzelnen Wissenschaftler entsteht (vgl. Haase 2007, S.199f.).

Diese unterschiedlichen Anreizstrukturen des politischen und wissenschaftlichen Systems und die dadurch entstehenden Interessenkonflikte verhindern maßgeblich eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft und damit auch eine Stärkung der Rolle der Wissenschaft in der Politikberatung für Nachhaltigkeit. Auch wenn eine vollständige Änderung der Anreizstrukturen nicht möglich ist, so kann mit Verbesserungen, die die nächsten beiden Unterkapitel darlegen, erreichen, dass sich ein Teil der bisher konträren Anreize in beiden Systemen in die gleiche Richtung richtet.

4.1. Beitrag der Wissenschaft

Den Problemen aus den gegenseitigen unterschiedlichen Rollenverständnissen von Politik und Wissenschaft kann vor allem durch den Ausbau der Netzwerke zwischen den beiden Systemen begegnet werden. Dafür sollten Wissenschaftler neue Konferenzkonzepte entwerfen, die vermehrt Politiker und Wissenschaftler zusammenbringen, um gemeinsam über Nachhaltigkeit und ihre Steuerungsformen zu debattieren. Dadurch würde der Kommunikationsweg von Entscheidungen auf solchen Konferenzen hinein in die

Politikberatung (überwiegend) entfallen und die aktuelle Beratungssituation der Politiker könnte in das Design einer Studie einbezogen, mögliche Ergebnisse gemeinsam diskutieren und weiterentwickelt werden. Zentral ist bei jedem Kontakt in die Politik jedoch die Unabhängigkeit des Forschers und der wissenschaftlichen Politikberatung mit ihren Ergebnissen zu wahren.

Auch dem Vorwurf der Realitätsferne und langsamen Reaktionen in der Wissenschaft auf das aktuelle Geschehen aus der Politik wirkt ein derart gestalteter Abstimmungsprozess, u.a. auf Konferenzen, entgegen, da dieser Prozess nebenbei das Verständnis für die jeweils andere Seite fördert. Zudem kann eine stärker interdisziplinär ausgerichtete nachhaltige Politikberatung den Vorwurf der Realitätsferne entkräften. Die Diskussionen auf der Tagung zeigten deutlich, wie wichtig es ist, zunächst ein solides Eigenverständnis der Disziplin zu entwickeln und interdisziplinäre Arbeit nicht als Aufgabe der eigenen Denk- und Handlungsmuster, sondern als Bereicherungsmöglichkeit zu begreifen. Dabei spielt auch die Lehre an Universitäten eine tragende Rolle, da eine Universität nicht nur Forschungseinrichtung, sondern auch Zentrum für Kompetenzvermittlung ist (vgl. Pies 2004, S.2). Auch die Bildung neuer Zentren an Universitäten, in denen für Umweltfragen besonders Wirtschafts-, Politik- und Kulturwissenschaftler zusammenarbeiten, bieten Grundlagen für Austausch. Die Göttinger Nachhaltigkeitstagung macht einen Anfang bei dem Versuch den Nachhaltigkeitsdiskurs interdisziplinärer zu gestalten. Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Uwe Schneidewind unterstrich die Bedeutung solcher Tagungen, in dem er darauf verwies, dass die Spitzenforscher verschiedener Disziplinen oft an verschiedenen Orten sitzen (vgl. Schneidewind 2009, S.59), was den Austausch zusätzlich erschwert. Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Stephan Klasen betonte in der abschließenden Podiumsdiskussion der Tagung, dass es bereits eine gelebte Diversität in der Ökonomie gibt und die Wirtschaftswissenschaften damit alte Muster bereits aufgebrochen haben.

Um die Wirkung der Beliebigkeit von wissenschaftlichen Aussagen aufzuweichen, sollten Nachhaltigkeitsdiskussionen eine stärkere Trennung der positiv beschreibenden Wissenschaft von der normativen politischen Betrachtung vornehmen, was wiederum auf das Rollenverständnis dieser beiden Systeme wirkt. Zur Schaffung dieser Transparenz können öffentliche, von Wissenschaftlern gepflegte Datenbanken beitragen, die bisher verfasste Gutachten aufnehmen und in ihren Herangehensweisen festhalten.

Neben der geforderten Interdisziplinarität thematisierte die Konferenz die Kommunikationserleichterung. Diese ist besonders relevant, da sie grundlegende Voraussetzung ist, um viele der oben beschriebenen Probleme zu schmälern. Um der einseitigen Beratungsfunktion aus Kapitel 3 gerecht zu werden, ist es wichtig eine Veröffentlichung der Arbeiten zur Politikberatung in nicht-wissenschaftlichen Zeitschriften und in einer an politischen Entscheidungen angepassten Sprache zu berücksichtigen (vgl. Roberts 2011, S.257).

4.2. Beitrag der Politik

Die Gestaltungsaufgabe einer fruchtvolleren Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft liegt jedoch nicht nur bei der Wissenschaft, sondern auch bei der Politik. Politiker können ihren Beitrag leisten, indem sie die im vorherigen Abschnitt genannte Veränderungen in der Wissenschaft einfordern.

Es ist Hauptaufgabe der Politik, Anreize der Wissenschaftler sich in der nachhaltigen Politikberatung zu engagieren, zu erhöhen und durch anreizkompatible Verträge zu fördern. Eine Änderung der *Preise* für eine Arbeit, wie es Wagner vorschlägt, macht Politikberatung für Ökonomen attraktiver. Dabei ist es elementar, hochwertige Gutachten und Arbeiten in der Politikberatung mit Reputationsgewinn zusätzlich zu entlohnen und schlechte Arbeiten mit Reputationsverlust zu bestrafen (vgl. Wagner/Wiegard 2001, S.6f.). Da eine Schädigung des Rufes des betreffenden Wissenschaftlers nicht realistisch erscheint, scheint es eher praktikabel, sich auf den Reputationsgewinn durch hochwertige Ergebnisse zu fokussieren. Wichtig wäre demnach die Einsetzung einer externen Kommission, die Gutachten wiederum prüft und damit Anreize zu realitätsnahen Arbeiten gibt. Mit der Qualität der abgelieferten Gutachten muss die Reputation eines Gutachters direkt in Verbindung stehen, wobei eine Willkür der Bewertung durch Politiker ausgeschlossen werden muss. Dabei können Wissenschaftspreise und geförderte interdisziplinäre Forschungsschwerpunkte wie bspw. Wirtschaftswissenschaften für Nachhaltigkeit (WiN) eine wichtige Rolle spielen (vgl. Schneidewind 2009, S.60). Die Anreizstruktur muss allerdings durch die Politik so gestaltet sein, dass ein möglicher Reputationsgewinn durch die Arbeit in der nachhaltigen Politikberatung die Gefahr eines Reputationsverlustes übersteigt, damit keine zu hohe Eintrittsbarriere für neue Wissenschaftler in diesem Gebiet entsteht. Zudem können Stipendien für Umweltforschung breiter publik gemacht, sowie Fördermittel für Umweltforschung erhöht werden. Dadurch könnte die Politik ihrem Interesse an der Nachhaltigkeitsforschung Nachdruck verleihen.

5.Fazit

Die Tagung zeigte, dass in der Politikberatung für nachhaltige Entwicklung Kommunikation zwischen Wissenschaft und Politik unabdingbar ist, da Forscher einen entscheidenden Beitrag zur Problemdefinition und Gestaltung von Anreizstrukturen leisten können. Dabei übernehmen Wissenschaftler die Aufgabe, Theorien für nachhaltige Entwicklung zu entwickeln, um darauf aufbauend verschiedene Handlungsoptionen für Politiker anzubieten. Der Beitrag der Wissenschaft zur Nachhaltigkeitsdebatte bleibt dabei auf einer positiv-analytischen Ebene. Allerdings ergibt sich nicht in jedem Teilgebiet der Nachhaltigkeit eine einseitige Beraterfunktion der Wissenschaft. Es ist zudem möglich, dass Wissenschaftler und Politiker in einen Diskurs eintreten, in dem sie ihre jeweiligen Aufgaben und Erkenntnisse gegenseitig beeinflussen.

Obwohl wissenschaftliche Erkenntnisse von Ökonomen in der Politik im Allgemeinen und in der Nachhaltigkeitspolitik im Speziellen nicht ungehört bleiben, ist das Verhältnis von Politik und Wissenschaft derzeit von Kommunikationsproblemen geprägt. Ein wichtiges Problem ist das gegenseitige unterschiedliche Rollenverständnis der beiden Subsysteme. Die Tagung zeigte, dass Wissenschaft eine klare (normative) Lösung eines Problems erwartet, während Wissenschaftler gerade in Nachhaltigkeitsfragen nur verschiedene Lösungsszenarien für ein Problem anbieten und damit Informationen liefern, die die Politik selbst in Entscheidungen umsetzen muss.

Derzeit verhindern auch die Anreizstrukturen im politischen und wissenschaftlichen System eine verstärkte Zusammenarbeit in der nachhaltigen Politikberatung. Um dem

Beratungsbedarf der Politik in Zukunft besser gerecht zu werden, müssen sowohl Wissenschaft als auch Politik Verbesserungen in der Zusammenarbeit vornehmen. Dabei ist es Aufgabe der Wissenschaftler durch einen engeren Kontakt zu Politikern die gegenseitigen Rollenverständnisse anzupassen und die Realitätsferne der Gutachten abzubauen. Hierzu kann auch verstärkt die Interdisziplinarität beitragen, die auf der Tagung immer wieder gefordert und trotz disziplinübergreifend teilnehmender Wissenschaftler dort wenig umgesetzt wurde, da eine Verknüpfung der Dimensionen der Nachhaltigkeit nur selten stattfand. Besonders die Diskussionsforen betonten, dass es nicht einfach ist, Ökonomie, Ökologie und Soziales zu verbinden. Auf der Tagung stand oftmals die Ökologie im Sinne des Nachhaltigkeitsgedankens im Vordergrund, während die Ökonomie in den Hintergrund rückte. Dies zeigt, dass diese geforderte Interdisziplinarität, die auch neue Tagungskonzepte schaffen kann, keine einfache aber trotzdem zentrale Umsetzungsaufgabe ist. Nicht zuletzt ist es Aufgabe der Wissenschaft, den Charakter der Beliebigkeit wissenschaftlicher Aussagen durch Transparenz der eigenen Forschung zu vermeiden, was auch die Interdisziplinarität fördert. Disziplinenübergreifend zeigte die Tagung, dass eine Erleichterung der Kommunikation von Seiten der Wissenschaft ihre Rolle in der Politikberatung stärken kann. Jedoch muss auch die Politik einen Beitrag zur Stärkung der Wissenschaft leisten: Ziele der Nachhaltigkeitspolitik müssen genauer definiert werden und die Akzeptanz der Wissenschaft in der Lieferung wichtiger Erkenntnisse ist zu stärken. Dabei ist es elementar, Lobbyisten und private Beratungsunternehmen nicht der universitären Wissenschaft überzuordnen. Die wichtigste Aufgabe der Politik ist es jedoch die Anreize der Wissenschaftler so zu korrigieren, dass die nachhaltige Politikberatung für nachhaltige Entwicklung attraktiver wird.

Mit Hilfe eines solchen Diskurses kann es in Zukunft gelingen, den Beitrag der Wissenschaft zu Nachhaltigkeitsfragen weiter zu stärken, zu der auch die Göttinger Nachhaltigkeitstagung einen Beitrag geleistet hat.

7. Literaturverzeichnis

Bizer, K./Gubaydullina Z. (2007): Das Verhaltensmodell der interdisziplinären Institutionenanalyse in der Gesetzesfolgenabschätzung. In: Führ, M. et al. (Hrsg.) (2007): Menschenbilder und Verhaltensmodelle in der wissenschaftlichen Politikberatung. Möglichkeiten und Grenzen interdisziplinärer Verständigung. Baden-Baden: Nomos (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 43), S. 37-51.

Führ, M. et al. (2007): Politisches Entscheiden: Wie kann die Wissenschaft dazu etwas beitragen? In: Führ, M. et al. (Hrsg.) (2007): Menschenbilder und Verhaltensmodelle in der wissenschaftlichen Politikberatung. Möglichkeiten und Grenzen interdisziplinärer Verständigung. Baden-Baden: Nomos (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 43), S. 9-36.

Georg-August-Universität Göttingen (Hrsg.) (2014): Konferenzreihe „Wissenschaft für Frieden und Nachhaltigkeit“, online verfügbar unter <http://www.uni-goettingen.de/de/491840.html>, zuletzt geprüft am 05.12.2014.

Haase, M. (2007): Perspektiven eines interdisziplinären Verhaltensmodells. In: Führ, M. et al. (Hrsg.) (2007): Menschenbilder und Verhaltensmodelle in der wissenschaftlichen Politikberatung. Möglichkeiten und Grenzen interdisziplinärer Verständigung. Baden-Baden: Nomos (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 43), S. 193-206.

Haucap, J./Thomas, T. (2014): Wissenschaftliche Politikberatung: Erreicht der Rat von Ökonomen Politik und Öffentlichkeit? In: Ordnungspolitische Perspektiven, Jg. 39, Nr. 56.

Lhotta, R. (2007): Verhaltensmodelle und Institutionen in der Politikberatung: Eine politikwissenschaftliche Perspektive. In: Führ, M. et al. (Hrsg.) (2007): Menschenbilder und Verhaltensmodelle in der wissenschaftlichen Politikberatung. Möglichkeiten und Grenzen interdisziplinärer Verständigung. Baden-Baden: Nomos (Interdisziplinäre Studien zu Recht und Staat, Bd. 43), S. 60-69.

Pies, I. (2004): Nachhaltige Politikberatung: Der Ansatz normativer Institutionenökonomik, In: Wittenberg-Zentrum für Globale Ethik. Diskussionspapier, Nr.10.

Roberts, L. (2011): Engaging with Policy-makers: Influencing Sustainability Policy through Academic Research. In: Franklin, A./Blyton, P. (2011): Researching Sustainability. A Guide to Social Science Methods, Practice and Engagement. London: Earthscan, S. 242-259.

Ruckelshaus, M. et al. (2013): Notes from the field: Lessons learned from using ecosystem service approaches to inform real-world decisions. In: Ecological Economics, published online August 2013.

Szalay, Deszö (2005): The Economics of Clear Advice and Extreme Options. In: Review of Economic Studies, Nr. 72, S. 1173-1198.

Schneidewind, U. (2009): Nachhaltige Wissenschaft. Plädoyer für einen Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. Marburg: Metropolis.

Wagner G./Wiegard W. (2001): Volkswirtschaftliche Forschung und Politikberatung. Online verfügbar unter http://www-cgi.uni-regensburg.de/Fakultaeten/WiWi/Wiegard/start/publications/wiegard_a075_%282001%29_vwl-forschung-und-politikberatung.pdf, zuletzt geprüft am 5.12.2014.

WCED (Hrsg.) (1987): Our Common Future. Online verfügbar unter <http://www.un-documents.net/ocf-02.htm>, zuletzt geprüft am 05.12.2014.

Weiss, C. (1979): The many meanings of research utilization. In: *Public Administration Review*, Nr. 5, S. 426-431.

Wiegard, W. (2011): (Wann) Ist wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung erfolgreich? In: Kraul, M./Stoll P. (Hrsg.) (2011): *Wissenschaftliche Politikberatung*. Göttingen: Wallstein-Verlag, S. 177-188.

Zahrnt, A. (2014): Transkription des Interviews mit Frau Prof. Dr. Angelika Zahrnt. Unveröffentlichtes Interview im Rahmen der Tagung „Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit – wie passt das zusammen?“. Georg-August-Universität Göttingen.

Zimmermann, K. (2009): Der Berater als Störenfried: Anmerkungen zur wirtschaftswissenschaftlichen Politikberatung. In: *IZA Standpunkte*, Nr. 8.

Zimmermann, K. (2014): Evidenzbasierte wissenschaftliche Politikberatung,. In: *IZA Standpunkte*, Nr. 74.